

Gerhard Hess:

Politik vernachlässigt Investitionsgestaltung in den öffentlichen Haushalten

(bbiv) München. „Mobilität und gut ausgebaute Infrastruktur waren schon immer Garant für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung in unserem Land. Allerdings wird dieser Zusammenhang in den Haushalten des Bundes, Bayerns und auch der Kommunen sträflich vernachlässigt“. Auf diesen Aspekt weist Gerhard Hess, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, im Zusammenhang mit dem Fiasko der Lechbrücke in Augsburg hin. Dieses marode Brückenbauwerk ist dabei nur ein Symptom für den gewaltigen Instandhaltungsstau unserer gesamten Verkehrsinfrastruktur und der politischen Verschleppungstaktik, wenn es um die Planung und etatmäßige Umsetzung volkswirtschaftlich bedeutsamer Verkehrsprojekte geht. Weitere Beispiele finden sich tagtäglich zuhauf: bei den ICE-Strecken, beim Transrapid, bei Flughafenerweiterungen, bei wichtigen Lückenschlüssen und dringend erforderlichen Bestandserhaltungsinvestitionen im Straßenbau.

Hess fordert die Politik auf, der Investitionsgestaltung in den öffentlichen Haushalten höchste Priorität beizumessen.

Er verdeutlicht dies am Zwiespalt von politischer Planung und haushaltsmäßiger Umsetzung: „So wurde im Bundesverkehrswegeplan (2003) – dieses Instrument hat immerhin gesetzesähnlichen Charakter – jahresdurchschnittlich knapp 6 Milliarden EURO für den vordringlichen Bedarf für Bundesfernstraßen festgestellt und von der Bundesregierung beschlossen. Laut Bundeshaushaltsplanung 2004 werden dagegen für Investitionen unserer Bundesfernstraßen gerade einmal 4,5 Milliarden EURO ausgewiesen. Es klafft also eine Lücke allein in diesem wichtigen Verkehrsbereich in Höhe von 1,5 Milliarden EURO. Haushaltspolitik wird damit immer mehr zum Spielball kurzfristiger und ideologischer Interessen; sie wird zur Farce, wenn die gegebenen Investitionsgestaltungschancen nicht nachhaltig genutzt werden“.

Hess stellt klar: „Der Staat hat ja genug Geld, die Steuerquellen sprudeln auch wieder kräftiger. Deshalb sollten jetzt und in Zukunft die Chancen genutzt werden, durch entsprechende Etatumschichtungen die Finanzierungsspielräume für Verkehrsinfrastrukturen in unserem Land nachhaltig zu verbessern“.